
Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Familiengründung – wie bei den eigenen Eltern

Anette Fasang, Marcel Raab Der Einfluss der Herkunftsfamilie auf die Familiengründung spielt noch immer eine wichtige Rolle, obwohl sich demografische Übergänge bezogen auf Partnerwahl, Heirat und die Entscheidung für den Nachwuchs in den letzten Jahren stark geändert haben. 75 Prozent der Kinder zeigen ein ähnliches Muster wie ihre Eltern und bekommen genauso oder ähnlich viele Kinder in einem ähnlichen Alter wie ihre Eltern, machen Anette Fasang und Marcel Raab anhand von Daten aus amerikanischen Mittelschichtfamilien deutlich. Der wichtigste Befund: Neben diesen Ähnlichkeiten gibt es auch noch andere Regelmäßigkeiten im Familiengründungsverhalten von Eltern und Kindern. Kinder folgen unter bestimmten Bedingungen – etwa wenn sie sich in der Pubertät eher schlecht mit ihren Eltern verstanden – einem gegenteiligen Muster und bekommen weniger Nachwuchs oder verzichten ganz auf Kinder. Neu sind neben dem Befund der theoretische Zugang und der innovative methodische Ansatz des Beitrags. *Anette Fasang/Marcel Raab: „Beyond Transmission: Intergenerational Patterns of Family Formation among Middle-Class American Families“. In: Demography, Vol. 51, No. 5, pp. 1703–1728.*

Aufgedeckt: die Entscheidungsprozesse in der EU-Kommission

Miriam Hartlapp, Julia Metz, Christian Rauh

Nach außen hin erscheint die Europäische Kommission oft als einheitlicher Akteur – über die internen Prozesse ihrer Positionsbildung war bislang wenig bekannt. Die beendete Schumpeter-Nachwuchsgruppe hat nun die Blackbox EU-Kommission geöffnet. Auf Basis umfassender Insiderquellen zeichnet sie prominente Initiativen der Europäischen Kommission nach und macht so interne Konfliktlinien sichtbar. Deutlich wird, dass es den *einen* Aushandlungsprozess nicht gibt: In der EU-Kommission existieren funktionale, machtbasierte oder ideologisch ausgerichtete Handlungslogiken nebeneinander. Der effizienten Problemlösung, der Maximierung regulatoriver und finanzieller Ressourcen oder dem Erreichen normativer Ziele wird unterschiedliches Gewicht eingeräumt. Die Kommission ist weder eine rein sachorientierte Technokratie noch ein machthungriger Bürokratieapparat oder eine Vertreterin politischer Extrempositionen. Welche dieser Logiken dominiert, hängt stark vom jeweiligen Regelungsgegenstand und den politischen Rahmenbedingungen einzelner Initiativen ab. *Miriam Hartlapp/Julia Metz/Christian Rauh: Which Policy for Europe? Power and Conflict inside the European Commission. Oxford: Oxford University Press 2014.*

Internationale Organisationen zwischen Demokratie und

Autokratie **Christian Kreuder-Sonnen, Bernhard Zangl** Die zunehmende Autorität von internationalen Organisationen wird oft als Anzeichen für die Konstitutionalisierung einer neuen globalen Rechtsordnung verstanden. Doch genauso wie Staaten können auch internationale Organisationen Herrschaft auf autoritäre Weise ausüben und gegen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Sind wir also eher auf dem Weg in eine konstitutionalisierte oder in eine autoritäre Rechtsordnung jenseits des Nationalstaats? Die Autoren untersuchen anhand der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, in welche Richtung das Pendel ausschlägt. In beiden Organisationen finden sie Indizien für demokratische und rechtsstaatliche, aber auch für autokratische und rechtsverletzende Tendenzen. Bei den Vereinten Nationen wurden vor allem in der Terrorismusbekämpfung quasi-autoritäre Strukturen etabliert, in der europäischen Notstandspolitik vor allem im Zuge der Eurokrise. Dieser Ansicht nach ist die internationale Rechtsordnung daher als Konglomerat parallel existierender, konstitutioneller und autoritärer Teilordnungen zu charakterisieren. *Christian Kreuder-Sonnen/Bernhard Zangl: „Which Post-Westphalia? International Organizations between Constitutionalism and Authoritarianism“. In: European Journal of International Relations, 2014, pp. 1–27, advance access, 27.10.2014, online: <http://dx.doi.org/10.1177/1354066114548736>.*

Arbeitsmarktpolitik und Flexibilität **Lena Hipp, Christopher J. Anderson**

Wie flexibel sind Arbeitnehmer? Was nehmen sie in Kauf, um ihren Arbeitsplatz zu behalten? Die beiden Autoren untersuchen in ihrer international vergleichenden Studie den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktpolitik und der Bereitschaft von Arbeitnehmern, Zugeständnisse einzugehen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Denn seit den 1980er Jahren wurde der Arbeitsmarkt zunehmend reguliert, Kündigungsfristen gelockert und befristete Einstellung und Zeitarbeit von staatlicher Seite möglich gemacht. Der Befund: Arbeitslosenunterstützung und Kündigungsschutzbestimmungen haben einen Einfluss auf die Bereitschaft der Arbeitnehmer, Konzessionen für ihren Job zu machen. Dieser ist jedoch nicht linear, denn Arbeitnehmer zeigen sich bei zunehmendem Kündigungsschutz weniger flexibel. Die Flexibilität steigt jedoch mit dem Angebot einer guten Arbeitslosenunterstützung. *Lena Hipp, Christopher J. Anderson: Labor Market Policies and Workers' Attitudes toward Employment Flexibility (im Erscheinen).*

Arbeitnehmer nehmen einiges auf sich, um ihren Job zu behalten. Viele sind immer online oder telefonisch erreichbar, wie dieser Geschäftsmann am Hauptbahnhof von Los Angeles. Das Ausmaß ihrer Flexibilität ist auch durch arbeitspolitische Maßnahmen bestimmt, wie Forscher des WZB untersucht haben. Mehr Kündigungsschutz führt zu weniger Flexibilität, die Aussicht auf eine solide Arbeitslosenunterstützung lässt Arbeitnehmer dagegen flexibler werden. (Foto: picture-alliance / bildagentur-online)

Erkundungen zum Autonomiebegriff **Martina Franzen,**

Arlena Jung et al. Der Autonomiebegriff wird in der akademischen Forschung und in öffentlichen Debatten einerseits normativ eingesetzt, um als legitim erachtete Grenzen zu markieren, andererseits analytisch genutzt, um den Wandel gesellschaftlicher Teilsysteme zu beschreiben. Trotz der Prominenz und Relevanz dieses Grundbegriffs hat sich die soziologische Theorie bislang nicht systematisch mit ihm auseinandergesetzt. Die Beiträge dieses Sonderbands zielen auf konzeptuelle Präzisierungen sowie empirische Operationalisierungen des Begriffs und rekonstruieren die sich wandelnden diskursiven Bedeutungen von Autonomie in der Wissenschaft, der Politik und der Kunst. *Martina Franzen/Arlena Jung/David Kaldewey/Jasper Korte (Hg.): Autonomie revisited: Beiträge zu einem umstrittenen Grundbegriff in Wissenschaft, Kunst und Politik. 2. Sonderband der Zeitschrift für Theoretische Soziologie (ZTS). Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2014.*

Weiterbildung für Geringverdiener **Philip**

Wotschack, Heike Solga Etwa ein Drittel der Beschäftigten hat 2011 an einer betrieblich geförderten Weiterbildung teilgenommen. Gering qualifizierte und weibliche Beschäftigte mit Betreuungsaufgaben waren jedoch selten vertreten. Anhand von vier Fallstudien in Betrieben untersuchen die Autoren, welche Rahmenbedingungen und Mechanismen die Beteiligung der unterrepräsentierten Beschäftigtengruppen in die betriebliche Weiterbildung stärken können. Theoretisch wird das geringe Weiterbildungsengagement von Betrieben und Beschäftigten auf Transaktionskostenprobleme zurückgeführt. In den Fallstudien wird deutlich, dass starke Solidaritätsnormen, enge Beziehungsnetzwerke und langfristige Bindungen zwischen Betrieb und Beschäftigten eine entscheidende Rolle für die Einbeziehung benachteiligter Beschäftigter in betriebliche Weiterbildungsaktivitäten spielen. *Philip Wotschack/Heike Solga: „Betriebliche Weiterbildung für benachteiligte Gruppen. Förderliche Bedingungskonstellationen aus institutionentheoretischer Sicht“. In: Berliner Journal für Soziologie, 2014, advance access, 18.09.2014, online: <http://dx.doi.org/10.1007/s11609-014-0254-7>.*

Weitere Publikationen unter: wzb.eu/vorgestellt/pdf